



quergedacht
in Baden-Württemberg



**Stell Dir vor, es ist Demokratie
und jeder macht mit...**



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Editorial



Quer gedacht

Als Peer Steinbrück anlässlich einer Tagung der Zeppelin University in Friedrichshafen zu|gast war, ergab sich eine lange und intensive Debatte zwischen ihm und einer Gruppe Studierender. Thema war: Wie schaffen wir es, mehr politische Beteiligung insbesondere von jüngeren Menschen zu erreichen? Wie kann Politik besser vermarktet und damit interessanter gemacht werden? Am Ende des Abends stand fest: Die Studierenden werden aus diesen Fragen ein Forschungsprojekt entwickeln und ein Symposium organisieren. Ein gutes Thema, fanden auch wir und waren gerne bereit, unser Know-How in dieses Projekt mit einzubringen.

*Dr. Christine Arbogast,
Fritz-Erler-Forum
Landesbüro Baden-Württemberg
der Friedrich-Ebert-Stiftung*

Inhalt

Strukturen politischer Partizipation	2
Politische Kommunikation im Internet	4
Drei Fragen - Drei Statements aus der Wissenschaft	6
Diskussionen an der Basis	9
Stimmen aus Organisationsteam und Teilnehmenden	10

Strukturen politischer Partizipation

Der Workshop „Strukturen politischer Partizipation“ beschäftigte sich, wie bereits der Name erahnen lässt, mit dem Thema der Beteiligung beziehungsweise Nicht-Beteiligung an Politik und den Ursachen dafür.

Den Einstieg gestalteten Knut Bergmann und Eva Becker mit einer kleinen Umfrage, die aus zwei interessanten Fragen und Thesen bestand: „Stell Dir vor, es ist Demokratie und jeder macht mit, dann...“ und „Ich mache mit, wenn...“. Ergebnis dieser kleinen Befragung war, dass die Workshop-Teilnehmer sich dann engagieren, wenn sie damit wirklich etwas bewirken und wenn sie durch ihre Partizipation soziale Gemeinschaft erleben können.

In der sich anschließenden Diskussion wurde heiß debattiert und viele Meinungen sowie gewagte Thesen wurden zum Ausdruck gebracht. So erbrachte die Diskussion beispielsweise das Ergebnis, dass auf Parteien eigentlich verzichtet werden könnte – allerdings stellt sich hier natürlich die Frage, wer auf dem politischen Parkett zukünftig aktiv werden sollte und wie ein neues Regelwerk dafür aussehen müsste. Da dies schwer zu bewerkstelligen wäre, kam die Überlegung auf, dass es innerhalb der Parteien Strukturveränderungen geben muss, die von der Basis der Partei aus entstehen müssen und nicht von oben herab. So könnten die Parteien endlich in der heutigen Zeit ankommen. Denn die Gesellschaft brauche nicht das Engagement von wenigen, sondern von vielen, worin sich die Workshop-Teilnehmer auch einig waren.

Auch das nächste Diskussionsthema, die Problematik des heutigen Parteiensystems und die sich ergebenden Herausforderungen an die Parteien, wurde von allen Seiten eingehend betrachtet. Folgende Thesen wurden dabei formuliert:

- Während die Menschen das Vertrauen in die Parteien und das politische System verlieren, haben sie zugleich stetig steigende Erwartungen an diese. Die Parteien wiederum versuchen, diese Erwartungen zu erfüllen. Und weil alle gewählt werden möchten, versucht jede Partei, sich als Partei des kleineren Übels darzustellen.
- Auch der Aspekt, dass es keine wirklichen Interessensunterschiede im Profil der Parteien gibt, macht es für die Bürger schwer, sich für eine Partei zu entscheiden. Wobei hier noch hinzukommt, dass die Menschen immer mehr themen- und nicht parteibezogen wählen.
- Außerdem fehlen charismatische Führungspersönlichkeiten und die Parteien sind zu altmodisch, um zur Lebensweise der jungen Menschen passen zu können.

Es scheint nach Ansicht der Teilnehmenden sehr viele Gründe dafür zu geben, warum junge Menschen sich nicht mehr politisch engagieren wollten beziehungsweise dies nicht mehr in einer Partei, sondern wenn dann sporadisch, indem sie beispielsweise an einer Demonstration teilnehmen.

Im letzten Teil des Workshops beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Frage, welche Themen die Menschen heute beschäftigen und welchen politischen Fragen sie die größte Bedeutung beimessen. Ergebnis der Diskussion war, dass sich die unter 30-Jährigen hauptsächlich für Themen wie Chancengleichheit, soziale Ausdifferenzierung, den Generationenkonflikt und die Frage nach Vereinbarkeit von Beruf bzw.



– Können Parteien im 21. Jahrhundert überleben?

Studium und Familie interessieren und dass sie erwarten, dass die Politik hier wichtige Richtungsweisungen vornimmt und Lösungen erarbeitet. Die über 30-Jährigen hingegen fragen nach den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, den Laufzeiten von Atomkraftwerken und Mindestlöhnen.

Die Diskussion, wie Parteien aussehen müssten, um attraktiver für die Bürger zu sein ergab folgendes Bild: „Die ideale Partei bindet kritische Potentiale ein, geht Koalitionen mit Nicht-Mitgliedern ein, ist eine fest organisierte Gruppe von Community-Organizern und hat weder Man-

daträger noch bezahlte Amtsträger“. Damit dies funktionieren könnte, müssten sich viele Leute engagieren und es müsste eine enge Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Politikern geben – auch um das so selten gewordene Vertrauen wieder aufzubauen und zu entwickeln.



Zur Person

Von 2005 – 2009 war **Dr. Bergmann** (Foto) Referent im Grundsatzreferat des Bundespräsidialamtes mit den inhaltlichen Arbeitsschwerpunkten Zivilgesellschaft und Gesellschaftspolitik. Für die Dresdner Bank AG war er zwischen 1998 und 2001 im Bereich Politik und Gesellschaft tätig. Nach seiner Promotion war Herr Bergmann 2002 und 2003 persönlicher Referent von Sabine Christiansen, ab 2004 leitete er als Geschäftsführer die Stiftung Liberales Netzwerk. Im Jahr 2003 erhielt er einen Lehrauftrag der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin im Fachbereich Wirtschaftskommunikation. Herr Bergmann studierte Politische Wissenschaften in Bonn und promovierte 2002 mit einer Arbeit über den Bundestagswahlkampf 1998. „Politik hat mich von klein auf begeistert – erstes bewusstes Ereignis war die Besetzung der deutschen Botschaft in Ungarn. Das erste Thema, das mich mobilisierte, war der Krieg in Jugoslawien“ – vielleicht auch aus dem Wunsch heraus, die Einflüsse von sozialen Bewegungen zu verstehen, studierte **Mirja Höge** Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt soziale Bewegungen und (politische) Kommunikation, das sie mit Diplom an der Universität Mannheim abschloss. Seit November 2008 ist sie als strategische Beraterin für politische Kommunikation selbstständig – Erfahrungen sammelte sie vorher in diversen Agenturen, zuletzt bei „Zum goldenen Hirschen“ in Berlin.

Politische Kommunikation im Internet – Kann das

Im Workshop „Politische Kommunikation im Internet“ beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Frage, wie die neuen Medienformate – zum Beispiel Social Networks – für politische Arbeit genutzt werden könnten.

Während der Präsentation aller relevanten Daten, Zahlen und Fakten zu Social Networks im Allgemeinen und zur Frage, wie politische Parteien diese nutzten, kamen immer wieder interessante Fragen auf, so natürlich der unvermeidbare Aspekt der Datensicherheit von Social Networks wie Facebook, Twitter oder StudiVZ. Auch der Wahlkampf von Obama war ein wichtiges Thema – wurde der US-Präsident aufgrund seiner persönlichen Eigenschaften gewählt oder wegen seines ausgezeichneten Wahlkampfes, der online und offline durchgeführt wurde? Dies war deshalb ein wichtiger Gesichtspunkt, weil der Workshop sich auch damit befassen wollte, wie es möglich wäre, Strategien und damit einhergehende Erfolge aus den Online-Wahlkämpfen langfristig zu implementieren und das Internet so zu einer neuen politischen Quelle für Jugendliche

und junge Erwachsene zu machen. Allerdings stellten die Teilnehmer fest, dass ein Wahlkampf, wie ihn Obama in den USA gemacht hat, in Deutschland nur schwer umzusetzen wäre, da man hier Parteien und nicht Personen wählt – die Figur oder Person an sich habe nicht dieselbe Macht wie ein amerikanischer Präsidentschaftskandidat, da sie an das Parteiprogramm gebunden sei.

Es kam auch der Gedanke auf, das Internet für politische Erziehung zu nutzen, was alle Teilnehmer für eine gute Idee hielten. Allerdings gibt es auch hier einige Aspekte zu beachten: Wofür interessieren sich die Menschen? Eher für lokale Politik, weil sie hier selbst aktiv wirken können und auch Ergebnisse sehen oder doch eher für globale Politik, weil diese in der Zukunft immer wichtiger werden wird? Soll ein

Zur Person

Ute Pannen ist Kunst- und Medienwissenschaftlerin und Beraterin für Social-Media-Strategien. 2007 forschte sie als Visiting Scholar an der Columbia University in New York zum Thema „Campaigning Online – Hillary TV and Barack TV“ und betrieb Online Organizing am New Organizing Institute in Washington DC. Sie ist Mitglied des Online-Beirats des SPD Parteivorstands und beendet derzeit ihre Dissertation zum Thema „Demokratie als Sammlerin. Kunst und staatliche Repräsentation in der Bundesrepublik Deutschland“.





Internet mehr politisches Engagement bewirken?



Zur Person

Dr. Leonard Novy ist Leiter Gesprächsformate bei der AVE Gesellschaft für Fernsehproduktion mbH (Verlagsgruppe Holtzbrinck) in Berlin. Von 2006 bis 2009 leitete er bei der Bertelsmann Stiftung zwei Projekte zur Strategie- und Steuerungsfähigkeit der Politik und war in dieser Funktion verantwortlich für den Launch der „Sustainable Governance Indicators“, eines in Zusammenarbeit mit rund 100 Wissenschaftlern entwickelten Indikatorensets zur Messung der Zukunftsfähigkeit der 30 OECD-Staaten. Herr Novy studierte Geschichte und Politische Wissenschaften an der Humboldt Universität, der University of Cambridge (Mphil, PhD) und der Harvard University (Fellowship). Er ist Gastdozent an der Hertie School of Governance, Berlin und freier Autor für diverse Medien (WDR, Deutschlandfunk, Tagesspiegel etc.). Wissenschaftlich beschäftigt er sich intensiv mit internationaler Politik, politischer Kommunikation und Leadership.

Budget bereitgestellt werden, damit Gemeinden und Landkreise online mehr arbeiten können? Einigkeit herrschte auf jeden Fall darüber, dass Politik und Parteien interessanter gemacht werden müssen, besser verständlich, attraktiver und vor allem bürgernäher – nur so könnten junge Leute motiviert werden, sich zu beteiligen. Die Politik müsse sich dem Zeitgeist anpassen und auch deshalb die neuen Medien nutzen und neue Wege gehen – indem sie beispielsweise NGOs Mandate anböte, wie die Grünen das jetzt mit Attac machen.

Im zweiten Teil des Workshops stellte Dr. Leonard Novy seine Thesen zum Thema „Politik und Internet“ vor. Neben den vielen positiven Aspekten und Chancen,

die das Internet bietet, verwies er auch auf Risiken und Probleme, die den Parteien durch die Nutzung dieses Mediums entstehen könnten. Allerdings machte Dr. Novy sehr deutlich, dass es eine Veränderung in der Medienlandschaft gibt und die Parteien es sich nicht erlauben könnten, diesen Wandel „auszusitzen“. Sie müssten aktiv werden und versuchen, mit der Zeit zu gehen und Chancen zu nutzen. Insbesondere deshalb, weil sie ihre Machtposition als exklusiver Wissensträger und Meinungsbildner verloren hätten – das Internet böte dieses Wissen genauso. Dass zur Politikverdrossenheit auch noch ein verändertes Demokratieverständnis hinzukomme, erschwere den Parteien die Erneuerung noch zusätzlich.

Auch Ute Pannen verwies in ihrem Vortrag auf die wichtige Funktion des Internets. Das Internet sei nicht nur als Tool zu begreifen, sondern vor allem auch zu nutzen.

Sie stellte nochmals ausführlich die Kampagnen von Obama dar und es entstand eine neuerliche Diskussion zu diesem Thema. Im Verlauf dieser Debatte kristallisierte sich auch heraus, dass nicht alle Parteien „einfach so“ auf Internet-Wahlkampf umsteigen könnten – diese Art des Wahlkampfs und der Wählerinformation muss auch zum Image und dem übrigen Auftreten der Partei passen, sonst wird es schnell als absolut unglaubwürdig wahrgenommen.

Das World Café – Diskussionen, Vorträge und Kaffee

Das World Café bietet die Möglichkeit, in zwangloser Atmosphäre intensiv über Themen zu diskutieren. Das Prinzip des World Café geht davon aus, dass die Teilnehmenden über entsprechendes Wissen und Kreativität verfügen, um an einer solchen Diskussion teilzunehmen. In wechselnden Gruppen wer-

den Themen diskutiert, Ideen entwickelt, Standpunkte beleuchtet und Lösungen erarbeitet. Das World Café lockert eine steife Tagungsatmosphäre auf und bietet die Möglichkeit zum zwanglosen Austausch. Leitidee ist die entspannte Atmosphäre eines Straßencafés, in dem sich die Menschen zwanglos unterhalten.



Politische Parteien – Themenaggregation und Wissen

Drei Fragen an Markus Rhomberg

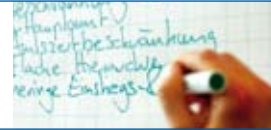


Kurz zum Thema Ihres Co-Referats „Politische Parteien – Themenaggregation und Wissen“. Können Sie etwas darüber erzählen?

Markus Rhomberg: Meine These ist, dass politische Parteien nicht mehr so wie früher der Kompetenz- oder anders ausgedrückt der Wissensträger von bestimmten gesellschaftlichen Problemlagen sind. Meiner Meinung nach haben sie dieses Wissen, das sie früher hatten, verloren beziehungsweise an zivilgesellschaftliche Akteure, die Wissenschaft und auch an die Interessensverbände abgegeben. Sie sollten sich baldmöglichst

darum kümmern, sich dieses abgegebene Wissen zurückzuholen. Teilweise geschieht das auch schon so. Die Grünen zum Beispiel tun das, indem sie Personen von „Attac“ wieder zurück in die Partei holen und ihnen beispielsweise Sitze im europäischen Parlament anbieten. Auch bei der SPD und ihrem österreichischen Pendant, der SPÖ, gibt es solche Überlegungen.

Meine nächste Frage betrifft das Engagement von Jugendlichen: Was glauben Sie, warum haben Jugendliche kein Interesse mehr daran, sich politisch zu engagieren?



Rhomberg: Ich glaube, das ist ein Vorurteil. Junge Leute beteiligen sich nicht so, wie man sich früher an Politik beteiligt hat oder so, wie ältere Menschen es erwarten, weil sie eine ganz bestimmte Vorstellung von Engagement haben. Jugendliche beteiligen sich auf anderem Weg. Sie demonstrieren gegen die G8, sie verhindern Nazi-Aufmärsche in Dresden und so weiter. Junge Menschen engagieren sich nicht mehr in langfristigen Zyklen in der Parteiarbeit, wie man das früher tat. Hierher rührt vielleicht auch das Vorurteil, Jugendliche würden sich nicht beteiligen. Doch hier müssen sich die Parteien auch überlegen, ob sie beziehungsweise die Parteiorganisation und -arbeit überhaupt noch zeitgemäß sind.

Meine letzte Frage bezieht sich auf die Öffentlichkeit: Sind Sie der Meinung, dass die Öffentlichkeit inhaltslos und zu schnell ist?

Rhomberg: Es gibt zwei verschiedene Geschwindigkeiten: Es gibt den politischen Zeitablauf und den Medienzeitablauf. Der politische Entscheidungsprozess ist in der Regel langwieriger und sehr viel stärker auf Kompromissbildung ausgerichtet und dauert deshalb auch länger als der Medienzeitablauf.

Die Medien müssen schnell sein, sie müssen reagieren und neue Nachrichten und Informationen so schnell als möglich präsentieren, da sie sonst von ihren Konkurrenten überholt werden. Dadurch entsteht die Diskrepanz zwischen politischer Zeit und Medienzeit. Politiker und Parteien versuchen immer stärker, sich dieser Medienzeit anzupassen. Das schadet leider oftmals den politischen Prozessen, da diese zeitintensiv sind. Und das ist auch gar nicht schlecht, denn es gibt so viele Interessen in der

Gesellschaft, die gegeneinander abgewogen werden müssen.

Zu Ihrer Vermutung, dass die Öffentlichkeit inhaltslos sei, möchte ich sagen, dass ich das eigentlich nicht glaube. Wenn man sich Medienberichte ansieht, kann der Eindruck entstehen, dass es stärker als früher um Personen und deren Privatleben geht. Das mag stimmen, ist aber vielleicht auch dem Zuwachs des Medienangebots geschuldet. Wenn wir uns vorstellen, dass es in Deutschland vor 25 Jahren lediglich zwei TV-Sender und die Dritten Programme gab, wo wir heute aus mehreren hundert Sendern wählen können „...“ Wenn man nach Inhalt sucht, dann hat dieses riesige Medienangebot sehr wohl etwas zu bieten, denken Sie nur einmal an den Sender Phoenix, der es ermöglicht, alle Bundestagsdebatten live zu verfolgen.

Anreizstrukturen für politisches Engagement in Parteien

Drei Fragen an Dr. Joachim Behnke



Herr Dr. Behnke, Sie haben ein Co-Referat zum Thema „Anreizstrukturen für politisches Enga-

gement in Parteien“ gehalten. Können Sie kurz etwas darüber erzählen?

Joachim Behnke: Die politischen Parteien haben einerseits das Problem, zu wenig jungen Nachwuchs anzusprechen und zusätzlich dann möglicherweise noch den falschen. Diejenigen, die sich im Zuge der Selbstselektion schon sehr früh in den Parteien engagieren, machen den Einstieg für „unkonventionelle“ Karrieren von Seiteneinsteigern unattraktiv, da sie die attraktiven Funktionärsposten fest in der Hand haben. Außerdem prägen die Früheinsteiger möglicherweise ein kulturelles Umfeld, das die Spät- und Seiteneinsteiger nicht anspricht.

Was ist ihrer Meinung nach der Grund dafür, dass sich junge Menschen nicht mehr politisch engagieren?

Behnke: Junge Menschen engagieren sich vermutlich genau so stark wie früher politisch, möglicherweise sogar stärker, sie tun es aber nicht im konventionellen, üblichen Rahmen von Parteien.

Sind Sie der Meinung, dass die Medien zu inhaltslos und zu schnell für die Politik und deren Bedürfnisse sind?

Behnke: Die Medien sind ja nicht an sich inhaltslos und schnell, sondern werden so gemacht. Insofern würde ich in der Tat konstatieren, dass generell die politische Berichterstattung in den Medien in den letzten Jahrzehnten schlechter geworden ist, das geht bei der Tageschau los und endet bei relativ belanglosen Polit-Talkshows und den Fernsehduellen.

Was motiviert Menschen für die Politik?

Drei Fragen an Dr. Knut Bergmann



Hr. Dr. Bergmann, können Sie kurz die wichtigsten Punkte Ihres Vortrages zusammenfassen?

Knut Bergmann: Es geht um die Anschlussfähigkeit von Parteien an die Zivilgesellschaft und das politische Vorfeld. Es gibt die These, dass sich Parteien stark von der Gesellschaft abgeschottet haben. Dies wird oft und gerne mit sinkender Wahlbeteiligung und fallenden Mitgliederzahlen begründet – darunter haben insbesondere die beiden großen Parteien zu leiden. Aber wenn man nach den internen Gründen dafür sucht, dann merkt man sehr schnell, dass in den Parteien eine große Angst vor Steuerungs- und Kontrollverlusten besteht. Dadurch verwehren sich Parteien, bzw. ihre Akteure selbst die Teilhabe an wichtigen gesellschaftlichen Prozessen. Ich möchte zeigen, dass dies der falsche Weg für die Parteien ist, weil sie sich dadurch von der Gesellschaft abkoppeln, was sich bereits zu rächen beginnt. Außerdem glaube ich persönlich, dass Parteien eine wesentlich wichtigere Rolle in unserer Gesellschaft und in der politischen Partizipation spielen als das allgemein wahrge-

nommen wird. Meiner Ansicht nach wäre ein möglicher Ausweg für unsere Gesellschaft, Parteiarbeit wieder mehr als bürgerliches Engagement wahrzunehmen. Bürgerschaftliches Engagement ist hoch angesehen, für die Mitgliedschaft in einer Partei hingegen muss man sich oftmals rechtfertigen. Wobei ich sagen muss, dass ich bei diesem Workshop hier ausgesprochen gute Erfahrungen gemacht habe. Ich finde es toll, wie viele Leute in einer Partei sind und vor allem mit welchem Herz und was für einer Seele diese Leute dabei sind. Das war wirklich sehr anregend. Das normale Parteimitglied, das mit ganzem Herzen dabei ist, sieht man sonst eigentlich kaum, vor allem nicht in Berlin. Außerdem möchte ich einige Modelle vorstellen, wie es Parteien gelingen könnte, den Anschluss an die Zivilgesellschaft wieder zu erlangen. Meine These lautet, dass es eine Revitalisierung der Kommunalpolitik geben wird.

Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür, dass sich junge Menschen nicht mehr politisch engagieren?

Bergmann: Ich glaube nicht, dass Jugendliche keine Lust haben, sich politisch zu engagieren, aber sie engagieren sich sehr viel weniger als früher in Parteien. Wenn man sich die Mitgliederentwicklung der Parteien ansieht, dann gibt es eben nicht nur den Mitgliederschwund, sondern auch eine extreme Überalterung der Parteien. Dafür gibt es mehrere, auch strukturelle Gründe: Langfristiges Engagement ist oftmals nicht kombinierbar mit der geforderten Flexibilität oder der gewünschten Mobilität am Arbeits- und mittlerweile auch am Ausbildungsmarkt. Und das trifft nicht nur auf die Parteien, sondern zum Beispiel auch auf Freiwillige Feuerwehren zu. Ein zweites Problem sind die

parteiinternen Strukturen: Es dauert sehr lange, bis man etwas bewirken kann. Ich denke, dass dieser Aspekt sehr viele Menschen abschreckt. Und wenn man sich anschaut, warum sich Leute engagieren, dann ist ein ganz zentrales Motiv immer die Selbstwirksamkeit. Der letzte Grund ist, dass Menschen sich heutzutage stärker punktuell aus der eigenen Lebenssituation heraus engagieren.

Sind Sie der Meinung, dass die Medien zu inhaltslos und zu schnell für die Politik und deren Bedürfnisse sind?

Bergmann: Die politische Kommunikation hat in hohem Maße mit der Beschleunigung der öffentlichen Berichterstattung zu kämpfen. Dazu kommt, dass politische Prozesse extrem kompliziert geworden sind und nicht mehr klar abgegrenzt werden kann, auf welcher Ebene sie eigentlich stattfinden. Gegenstand politischer Entscheidungsprozesse sind oftmals Themen, die sehr erklärungsbedürftig sind. Ein Beispiel wäre das Steuerreformkonzept von Friedrich Merz – Sie erinnern sich, das war das mit dem populären, weil einfachen Bierdeckel. So kann ich das Thema Steuersystem auch in neun Sekunden erklären und nur so lange hören die Leute zu. Aber eigentlich bräuchte man 90 Minuten. Ein zweites Problem ist, dass nicht klar getrennt wird zwischen langfristiger politischer Kommunikation und Wahlkampf-Kommunikation. Einerseits ist das ein Senderproblem der Parteien und Politiker, andererseits ist es aber auch ein Transmitterproblem der Medien und nicht zuletzt ein Empfängerproblem. Zum Konzept des mündigen Bürgers gehört zwingend dazu, sich intensiver mit Politik zu befassen und sich mehr intellektuell abzuverlangen, als es der Boulevard tut.



Diskussion an der Basis

„Zugänglichkeit zu Parteien und politischer Partizipation beginnt vor der Haustür: an der Basis, sprich auf kommunaler Ebene“, findet Andreas Puffert, Studierender der Zeppelin Universität und einer der Moderatoren der Diskussionsrunde „zu|gast“. Deshalb wurden Vertreter der ortsansässigen Parteien geladen, um folgende Fragen

kontrovers zu diskutieren: Wie kann man Politik zugänglicher machen? Ist die heutige Jugend unpolitischer? Geht der Trend hin zur Themenzentrierung, zum zeitlich Begrenzten, weg vom langfristigen dauerhaften Engagement in der Politik? Gemeinsam stellten sich Ortsverbandsvorsitzender Daniel Oberschlep (CDU), Studierender

der Zeppelin Universität Felix Cramer von Clausbruch (FDP), stellvertretender Vorsitzender der SPD Friedrichshafen und der SPD Bodenseekreis Dieter Stauber, Dozentin, PR-Beraterin und Stadträtin Monika Blank (Die Grünen), Stadträtin Dr. Dagmar Hoehne (Freie Wähler) diesen Themen und Fragen des Publikums.



Zugänglicher?

Daniel Oberschlep (CDU): „Die erste Frage ist: Wie kommt man überhaupt rein in die Politik? Mein Vater war Stadtrat und da ist eine Beziehung da gewesen. Wenn jemand neu kommt, keine familiäre Verbindung zur Politik hat, dann ist das schon schwieriger. Es gibt gewisse Zwänge wie Parteiprofile. Man muss in Strukturen rein gehen und viele Leute haben Angst, sich und ihre eigenen Werte in diesem Profil aufgeben zu müssen. Doch man hat die Möglichkeit dem Profil noch mehr Stärke zu geben, es ist möglich etwas zu bewegen, da gibt es schon noch Freiheiten, um sich und seine Werte einzubringen.“

Dieter Stauber (SPD): „Zugänglichkeit heißt für mich bewusster Beitritt. Will ich das wirklich versuchen? Passen die zu mir beziehungsweise ich zu ihnen? Macht das

Sinn für mich? Sich bei einer Partei zu engagieren heißt auch, sich kontinuierlich einzubringen. Es gehören immer zwei dazu, man kann nicht sagen, die Parteien sind zu abgehoben, man kommt da eh nicht rein. So ist das nicht.“

Felix Cramer von Clausbruch (FDP): „Es geht um Zugangsmöglichkeiten. Genauer gesagt, um die Vorbildung in der Schule und die Möglichkeit sich zu informieren, zum Beispiel durch Zeitungen und persönliche Gespräche. Außerdem muss man Politik interessanter machen. Abseits von Parteien kann soziales Engagement in Vereinen meiner Meinung nach auch Politik sein. Aus der Sicht eines jüngeren Politikinteressierten geht es auch um Ergebnisse. Mir geht es darum, dass ich in kurzer Zeit möglichst viel erreichen möchte. Deshalb konkurrieren Parteien meiner Meinung nach sehr mit anderen

Möglichkeiten sich zu engagieren wie beispielsweise mit Vereinen.“

Monika Blank (Die Grünen): „Politik muss öffentlicher werden. Sie darf nicht mehr im Hinterzimmer stattfinden. Man muss die Menschen abholen, aktuelle Themen in den Kommunen aufgreifen und diese thematisieren und damit rausgehen. Wir müssen zu den Menschen hingehen. Die Parteien oder die Wählervereinigungen müssen in einen Dialog mit den Bürgern treten. Das heißt weg vom Monolog, den wir Jahre lang geführt haben, hin zum Gespräch!“

Unpolitischer?

Dr. Dagmar Hoehne (Freie Wähler): „Nur mehr 30 Prozent der Jugendlichen von heute sind laut Shell Jugendstudie po-

litisch interessiert. Das ist schon sehr bedenklich. Heute ist das eher ein Feld, von dem die Jugendlichen sagen, das ist mir viel zu komplex, das ist mir viel zu kompliziert. Verpflichtungen und die feste Bindung stellen sicherlich eine große Problematik dar. Insofern denke ich, dass viele Jugendliche sagen: „Die Politik ist viel zu weit weg von mir, die vertritt nicht meine Meinung und meine Dinge, die im Alltag für mich wichtig sind.“ Junge Menschen müssen sich wieder für Politik begeistern können. Wir können dazu beitragen, indem wir Politik für sie erfahrbar machen und ihnen Wege öffnen, wie sie ihre Meinung in der Politik wirklich vertreten können. Ich denke, so etwas wie

der Jugendrat, den wir hier haben, kann ein erster kleiner Schritt sein.“

Peter Knauer (Publikumsgast): „Die Jugend ist sicher nicht unpolitischer als früher. Ich beobachte, dass immer weniger jüngere Menschen daran glauben, dass eine geschlossene hierarchisch organisierte Gesellschaft, die sich Partei nennt, meiner Entwicklung oder den Entwicklungen allgemeiner Art so folgt, dass zumindest 51 Prozent meiner Überzeugung dafür ausreichen, um in diese Partei einzutreten. Deshalb werden Parteien in herkömmlicher Form, mit sich wandelnden und oft sehr kurzfristig auf Wahlen ausgerichteten Programmen nicht mehr funktionie-

ren. Parteien sollten den Mut haben, quer zudenken und vorzudenken.“

Themenzentrierter?

Monika Blank (Die Grünen): „Es sind Themen für die sich Menschen interessieren. Wenn es hier mal um ein Projekt geht, von dem sie sagen würden, das würde mich jetzt interessieren, das betrifft hier meinen Lebensraum für die nächsten Monate bzw. Jahre, da möchte ich mich engagieren, da ist dann Politik auch kurzfristig interessant. Und hier muss sich Politik öffnen und sagen: Ja, da kannst du natürlich mitmachen, du musst nicht gleich hier unterschreiben und im Ortsverein Mitglied sein.“

Zugänglich – Ein Format für die Zukunft!

Zwei Fragen an Imke Rabenstein und Jennifer Eurich aus dem Organisationsteam

Das Projekt „zu|gänglich“ widmet sich der Thematik abnehmender politischer Partizipation, insbesondere junger Menschen. Ziel ist die Erarbeitung eines Handlungskonzepts zur Steigerung der Erfahrbarkeit von Politik in Deutschland.

Unter dem Motto „Stell dir vor, es ist Demokratie und jeder macht mit“ werden die Bereiche Struktur, Kommunikation und Marken in der Politik durch Studenten unter Leitung von Dr. Markus Rhomberg untersucht.

Nach Erarbeitung der ersten wissenschaftlichen Grundlage sollen Fragen zum Thema mit allen Interessierten und Betroffenen erörtert werden. Die Teilnehmer haben dabei die Möglichkeit sowohl an den Workshops als auch am World Café teilzunehmen.

Wie kam die Idee zustande, ein Projekt wie „zu|gänglich“ zu organisieren?

Imke Rabenstein: Die Grundlage für

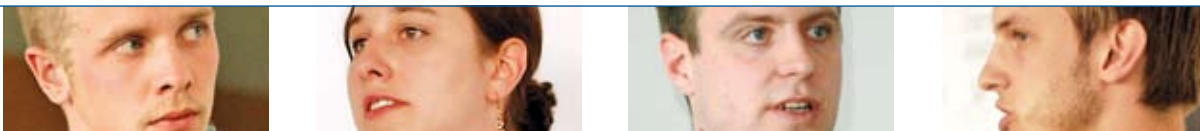
dieses Projekt wurde im Herbst 2008 von Peer Steinbrück geschaffen. Der ehemalige Finanzminister war anlässlich eines Galadiners als Ehrengast an unserer Universität geladen und zu später Stunde diskutierte er mit einer Handvoll Studenten über alles Mögliche – unter anderem über Politikverdrossenheit. Da nagelte er uns fest: Wenn wir

es schaffen würden, ein Politikprojekt an der Zeppelin University zu initiieren, würde er uns unterstützen. Schließlich entstanden dann zwei Formate, zum Einen das Sozialprojekt „Rock your life“, das sich mit den Zukunftsperspektiven von Jugendlichen beschäftigt, und eben das Forschungssymposium „zu|gänglich“.

Warum habt Ihr Euch für das Format eines Symposiums entschieden?

Jennifer Eurich: Zu Beginn haben wir uns erst einmal selbst gefragt: Wieso partizipieren wir nicht an Politik in Parteien? Daraus ergaben sich verschiedene Themenbereiche, die wir aber kontrovers diskutieren wollten – zum Einen außerhalb der Studentenschaft, zum Anderen innerhalb des Kreises von Engagierten. Bei einem Symposium kommen die verschiedenen Akteure an einen Tisch und können so die von uns ausgearbeiteten Fragen aus vielen Blickwinkeln beleuchten.





Stimmen der Teilnehmer

Wie muss Demokratie aussehen, damit jeder mitmacht?

Beate Dietrich:

„Ich würde mir wünschen, dass alle Beteiligten in allen Hierarchieebenen dieselbe Sprache sprechen würden und dass diese Sprache dabei möglichst frei von belanglosen und schönfärberischen Worthülsen wäre.“



Susanne Weiss:

„In einer Demokratie, in der jeder mitmacht, hat Lobbyismus nichts verloren. Lobbyisten hindern Menschen daran, sich einzubringen und sich zu beteiligen, weil man sich als normaler, einfacher Bürger gegenüber dieser Macht völlig chancenlos fühlt.“

Mona Sloane:

„Eine Demokratie, in der jeder mitmacht, müsste so aussehen, dass jeder mitmachen kann und versteht, wie die Prozesse funktionieren und auch willens ist, daran teilzunehmen. Und das läuft, meines Erachtens nach, hauptsächlich über Kommunikation. Ohne Kommunikation gibt es keine Partizipation.“

David Reimann:

„Sie muss so gestaltet sein, dass es einfach ist, mitzumachen, dass alle verstehen, worum es geht, dass Strukturen geschaffen werden, die den Menschen politische Bildung ermöglichen, damit es möglich ist, dass sich jeder eine eigene Meinung bilden kann. Aber das Wichtigste sind meiner Meinung nach die Strukturen.“



Impressum: Stell Dir vor, es ist Demokratie und jeder macht mit..., 2010

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung/Fritz-Erler-Forum, Sabine Fandrych (v. i. S. d. P.); **Redaktion:** Anna Maria Rainer, Franziska Oker

Fotos: Cornelius Klingel, Stuttgarter Zeitung, M. Steinert (Titel); **Layout:** Daniela Kieser, **Druck:** Offizin Scheufele

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastraße 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711 24 83 94-47
Telefax: 0711 24 83 94-50
info.stuttgart@fes.de
www.fritz-erler-forum.de



**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg